

# Übersichten

Dezember 2000

---



---

## Außenpolitik

---



---

### 1 Japan erwägt Revision der Finanzhilfen an China und fördert zwei neue Projekte

Eine Arbeitsgruppe zur Beratung des Büros für wirtschaftliche Zusammenarbeit im japanischen Außenministerium legte im Dezember einen Bericht vor, der eine massive Abkehr von traditionellen Gepflogenheiten in der japanischen Entwicklungshilfe an China vorsieht. Künftig soll weniger der Bau riesiger Infrastrukturprojekte im Mittelpunkt stehen, dafür aber vermehrt Wert auf die Stärkung marktwirtschaftlicher Prinzipien, den Schutz der Umwelt und die Bekämpfung der Armut gelegt werden. Auch eine Kürzung der staatlichen Entwicklungshilfe (Official Development Assistance, ODA) an China wird in dem Bericht in Betracht gezogen. (*Mainichi Daily News*, 28.12.00; *Nikkei Weekly*, 4.12.00)

Die Arbeitsgruppe unter Leitung von Isamu Miyazaki, einem Berater des Daiwa Institute of Research und früheren Direktor der Economic Planning

Agency (EPA), ist allerdings der Meinung, dass japanische Entwicklungshilfeleistungen an China nach wie vor notwendig seien. Wirtschaftliche Hilfe führe zu einer internationalen Einbindung Chinas und damit zu Frieden und Wohlstand in der Region, so der Bericht. (*The Japan Times*, 17.11.00)

Japan vergibt seit 1979 finanzielle Entwicklungshilfe an China. Seit dieser Zeit hat einerseits auf Seiten Chinas die wirtschaftliche Entwicklung zu veränderten Notwendigkeiten und Bedürfnissen geführt, während sich andererseits die japanische Haushaltssituation dramatisch verschlechterte. Die japanischen ODA-Leistungen an China stellten in der Vergangenheit einerseits immer einen Ausgleich dafür dar, dass die VR China 1972 erklärt hatte, auf Reparationen für die japanischen Kriegsverbrechen während der japanischen Invasion verzichten zu wollen. Andererseits folgten die japanischen Hilfen dem Zweck, die Reform- und Liberalisierungsmaßnahmen der Ära Deng Xiaoping zu unterstützen. (Ebd.; *Mainichi Daily News*, 28.12.00)

Zwischen 1979 und 1999 vergab Japan 2,68 Billionen Yen ODA an China und weitere 3,42 Billionen Yen als Kredite zur Finanzierung von Projekten. Trotz eines im nationalen Durchschnitt weiterhin geringen Pro-Kopf-Einkommens der chinesischen Bevölkerung, ist nach japanischer Ansicht eine ODA in der bisherigen Höhe angesichts des augenfälligen Reichtums der chinesischen Küstenregionen nicht mehr zu rechtfertigen, so der Report. Inzwischen sei China im Hinblick auf seinen bilateralen Handelsüberschuss der größte Außenhandelsgläubiger der Vereinigten Staaten, und die chinesische Wirtschaft wachse als heute schon siebtgrößte der Welt weiter, mit einer jährlichen Rate von sieben bis acht Prozent. (*Mainichi Daily News*, 28.12.00)

Die japanische Regierung vertritt daher die Meinung, dass eine besondere Behandlung Chinas nicht mehr vonnöten sei, und entschied, über die ODA-Leistungen künftig jedes Jahr erneut zu befinden und nicht mehr auf der Basis langfristiger Pläne. Diese Politik ist auch die konsequente Umsetzung der seit 1992 gültigen Leitlinien für die japanische ODA. Danach ist

strikt darauf zu achten, ob Entwicklungshilfe zum Bau von Massenvernichtungswaffen eingesetzt wird. Japan geht davon aus, dass japanische ODA in die Modernisierung der chinesischen Armee geflossen ist. (*Mainichi Daily News*, 28.12.00; *Nikkei Weekly*, 4.12.00)

Allerdings wurde von Vertretern der japanischen und der chinesischen Regierung am 21. Dezember in Beijing erneut ein Abkommen über die Vergabe von japanischer finanzieller Entwicklungshilfe im Umfang von mehr als 13 Mio. US\$ unterzeichnet. Die zwei Projekte, in die die Mittel in den nächsten Jahren fließen sollen, entsprechen dabei jedoch der japanischen Zielsetzung, primär sowohl die Bekämpfung der Armut als auch den Schutz der Umwelt in China zu unterstützen.

Zum einen wird die Finanzierung der wissenschaftlichen Ausrüstung des China-Japan Research and Development Center for Agriculture Technology gesichert, mit dessen Bau am 31. Oktober in Beijing begonnen worden war und dessen Fertigstellung für Juni 2001 avisiert ist. Das Zentrum soll sich der Entwicklung von neuen Technologien in der Getreideproduktion widmen und so zur Verbesserung der Einkommenssituation chinesischer Bauern beitragen.

Bei dem zweiten Projekt handelt es sich um Aufforstungsmaßnahmen in der Autonomen Region Ningxia. Im Verlauf von drei bis fünf Jahren sollen hier am Mittellauf des Gelben Flusses auf 4.200 ha neue Bäume angepflanzt werden. (XNA, 22.12.00) -kg-

### 2 Erste „Geldspende“ eines japanischen Unternehmens für chinesische Zwangsarbeiter

Mit einer außergerichtlichen Einigung endete vor dem Obersten Gerichtshof Tokios das Verfahren um Entschädigung, dass von elf überlebenden chinesischen Zwangsarbeitern bzw. Verwandten von Opfern im Juni 1995 bei einem Tokioter Gericht gegen das größte japanische Bauunternehmen, die Kajumi Corp., eingeleitet worden war. Die Kläger hatten einen fairen Ausgleich für ihre bzw. die Leiden ihrer Verwandten gefordert, die im Zweiten Weltkrieg 1944 nach Japan ver-

schleppt und als Zwangsarbeiter in einer von Kajumi-gumi als Rechtsvorgänger der heutigen Kajumi Corp. betriebenen Kupfermine unter menschenunwürdigen Bedingungen ausgebeutet worden waren. (XNA, 30.11.00, 1.12.00)

In dem Arbeitslager in der Präfektur Akita im Norden Japans waren insgesamt 986 chinesische Zwangsarbeiter interniert worden. 418 von ihnen erlebten das Kriegsende nicht mehr. Darunter befinden sich 130, die im Zuge der Niederschlagung eines Aufstandes gegen die unmenschlichen Bedingungen von der japanischen Militärpolizei umgebracht worden waren. (Ebd.; SCMP, 1.12.00)

Trotz des unbestrittenen Sachverhalts war die Klage von der gerichtlichen Eingangsinstanz in Tokio 1997 ohne Anhörung abgelehnt worden. Zur Begründung hatte es geheißen, Zwangsarbeit wäre in Japan 1948 abgeschafft worden, womit die Grundlage für die 1995 eingereichte Klage fehlte. Nach der erfolgreichen Anfechtung dieses Beschlusses vor dem Obersten Tokioter Gerichtshof im September 1999, unterbreitete dieser den Prozessbeteiligten einen Vorschlag für einen außergerichtlichen Vergleich. (XNA, 30.11.00) Kajumi Corp. akzeptierte und verpflichtete sich zur Zahlung von etwa 4,6 Mio. US\$, ohne jedoch die rechtliche Verantwortung für die Zwangsarbeit zu übernehmen. (AFP, 30.11.00, nach FBIS, 30.11.00)

Dementsprechend handelt es sich bei der Zahlung auch nicht um eine unmittelbare Entschädigung für die Opfer. Vielmehr wird Kajumi Corp. die genannte Summe - zehnmal so viel, wie von den Klägern beantragt - als zweckgebundene „Spende“ an die chinesische Rotkreuzgesellschaft zur Einrichtung eines Fonds überweisen, die damit den chinesischen Zwangsarbeitern und deren Hinterbliebenen helfen wird. (FT, 30.11.00)

In China berichtete die staatliche Presse nur am Rande von diesem Fall. (AFP, 30.11.00, nach FBIS, 30.11.00) Das chinesische Außenministerium bestätigte in diesem Zusammenhang ebenfalls lediglich, man fühle sich an die chinesische Erklärung von 1972 gebunden, wonach die Regierung keine Entschädigung für vergangene von Japan verursachte Leiden einfordern

werde. Allerdings wolle man staatlicherseits individuelle Forderungen chinesischer Bürger auf Entschädigung durch japanische Institutionen durchaus unterstützen. (SCMP, 1.12.00)

Japanische Firmen befürchten denn auch weitere Klagen von ehemaligen Zwangsarbeitern, da im Sommer bereits von drei Koreanern eine Entschädigung vor einem japanischen Gericht erstritten worden war. Gespannt darf man angesichts der Regelungen hinsichtlich des Zwangsarbeiter-Entschädigungsfonds deutscher Unternehmen sein, insbesondere aber in Anbetracht mehrerer hunderttausend Zwangsprostituierte für die japanische Armee im Zweiten Weltkrieg - der so genannten „Comfort Women“. (FT, 30.11.00)

Nicht nur in diesem Zusammenhang wird in letzter Zeit von chinesischer Seite häufiger der Vorwurf der Geschichtsfälschung an Japan erhoben. Aus akademischen Kreisen wurde kürzlich insbesondere die im Fünfjahresturnus vollzogene und nun wieder anstehende Neufassung der japanischen Schulbücher beanstandet. So werden in verschiedenen Entwürfen die Comfort Women im Zusammenhang mit der Geschichte des Zweiten Weltkriegs überhaupt nicht mehr genannt. Auch die veränderte Wortwahl wird kritisiert. Hieß es bisher in den Textbüchern meist „japanische Aggression“, so soll dieser negative Terminus zukünftig offensichtlich durch das positiver besetzte Wort „Vormarsch“ ersetzt werden. (XNA, 30.11.00)

Besonders verärgert zeigte man sich auf chinesischer Seite aber über den „Versuch einer Veränderung, Verschleierung und Verniedlichung historischer Fakten“ im Zusammenhang mit dem Massaker von Nanjing 1937. In mehreren Entwürfen verschiedener japanischer Schulbuchverlage wird demnach im Gegensatz zur bisherigen Praxis die Zahl der Opfer entweder gar nicht mehr angegeben oder aber stark heruntergespielt. (Ebd.)

In China sieht man diese Revision in japanischen Schulbüchern als Ausdruck einer allgemeinen - von Vertretern des rechten politischen Spektrums in Japan forcierten - Tendenz zur historischen Revision. So behaupten beispielsweise Higashinakano Osa-

mu und Magsumura Goshio in einem Buch, alle historischen Daten über das Massaker von Nanjing seien unwahr und alle Zeugenaussagen seien gefälscht. Die in diesem Zusammenhang namentlich genannte chinesische Zeugin des Massakers, Xia Shuqin, die am 13. Dezember 1937 nachweislich fast ihre gesamte Familie verloren hatte, reichte inzwischen gegen die beiden rechten japanischen Wissenschaftler und den Verlag, in dem das fragliche Buch erschienen war, eine Klage wegen Beleidigung, Herabsetzung und Verletzung ihrer Ehre bei einem japanischen Gericht ein. (XNA, 29.11.00) -kg-

### 3 „Geklärte“ Seegrenze und atomare Kooperation mit Vietnam

Nach 18 Verhandlungsrunden seit der Normalisierung der bilateralen Beziehungen im Jahr 1991 kam es nun Ende Dezember zu einer Vereinbarung über die Seegrenze zwischen China und Vietnam. Der neue Grenzvertrag, der während des Besuchs des vietnamesischen Präsidenten Tran Duc Luong Ende Dezember in Beijing unterzeichnet wurde, regelt nun den Verlauf der gemeinsamen Grenze und die jeweiligen Wirtschaftszonen beider Länder im Golf von Beibu (Golf von Tonkin) im Südchinesischen Meer. (NZZ online, 29.12.00; XNA, 22.12.00)

Zu der erfolgreichen Vereinbarung konnte es offensichtlich nur kommen, weil von beiden Seiten die Problematik der Spratly- und der Paracel-Inseln ausgeklammert worden war. (NZZ online, 29.12.00) Dies war auch der Grund für die gesonderten Verhandlungen über den strittigen Verlauf der Seegrenze, nachdem es bereits Ende 1999 zu einer Einigung über die Landgrenze gekommen war (vgl. C.a., 1999/12, S.1310/22).

In einem Rahmenabkommen zum jetzt unterzeichneten Abkommen über die Seegrenze versichern sich beide Seiten gegenseitig der Abstinenz von Gewalt und Gewaltandrohung und erklären, „keine Aktionen zu unternehmen, die Streitigkeiten komplizieren oder verschärfen“ könnten. (FAZ, 27.12.00). Als weiterer Schritt für eine engere Zusammenarbeit kam es während des Staatsbesuchs auch zum Ab-

schluss mehrerer Verträge zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit, darunter ein Fischereikooperationsabkommen und eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen der Nachrichtenagentur Xinhua mit ihrem vietnamesischen Counterpart. (XNA, 22.12.00)

Von besonderem Interesse dürfte allerdings die Vereinbarung über eine künftige Kooperation hinsichtlich der friedlichen Nutzung der Atomenergie sein (ebd.). Angesichts der Anfang Januar von Seiten des Generaldirektors der China Nuclear Engineering and Construction Group Corporation (CNEC) getroffenen Feststellung, China sei nunmehr auf Grund der Erfahrung in bisherigen Kernkraftprojekten und eigener Entwicklungen prinzipiell in der Lage, ohne fremde Hilfe Kernkraftwerke zu errichten und zu betreiben, (BBC Monitoring, 9.1.01) darf man gespannt sein, wann das erste chinesische Kernkraftprojekt in Vietnam entstehen wird. -kg-

#### 4 Indiens Furcht vor chinesischem Vormachtstreben in Südasien

Die Verbesserung der bilateralen Beziehungen stehen zwar offensichtlich sowohl auf der chinesischen wie auch auf der diplomatischen Agenda Indiens. Davon zeugen Annäherungen in den Grenzverhandlungen (vgl. C.a., 2000/11, Ü 8) und auch der überraschend für Januar angekündigte Besuch Li Pings in Indien. (*The Hindu*, 11.12.00, nach FBIS, 11.12.00) Dennoch macht sich in Indien offenbar zunehmend Unbehagen gegenüber dem als größte Herausforderung und Bedrohung Indiens angesehenen nördlichen Nachbarn breit. (FBIS, 8.12.00)

Während kaum davon auszugehen ist, dass die in dem indischen Magazin *Defense Weekly* aufgestellte Forderung nach einer explizit gegen die chinesische Bedrohung gerichteten indisch-japanischen Zusammenarbeit die Mehrheitsmeinung in Indien wiedergibt, (ebd.) wird China doch zunehmend als Konkurrent auf der internationalen Bühne betrachtet, der Indien an den Rand drängen kann oder will.

Nach Auffassung des indischen Verteidigungsministers habe China inzwischen auf den meisten Gebieten einen

deutlichen Vorsprung vor Indien, nicht zuletzt im Hinblick auf die Produktion von modernen Waffen. Aber auch auf anderen Gebieten sieht die veröffentlichte Meinung in Indien China auf dem Vormarsch zu Lasten Indiens. China habe es verstanden, sich selbst im Innern und seine Beziehungen zu anderen Staaten zu stärken, um so seine Großmachtambitionen zu erfüllen und nach dem Ende des Kalten Krieges erfolgreich in der internationalen Staatengemeinschaft zu agieren und seine Interessen durchzusetzen. Indien hingegen finde sich als Resultat einer verfehlten Politik, sich primär mit den neutralen Staaten zu verbinden, nun in außenpolitischer Isolation und ohne den gebührenden internationalen Einfluss. In erster Linie fehle es Indien jedoch an einer klaren und festen Position gegenüber der VR China. (SWB, 2.12.00)

In einem deutlich gemäßigteren Kommentar, der ebenfalls die Rückbesinnung auf die eigene Stärke Indiens forderte, hieß es, China sei zwar kein hegemonistischer Nachbar, in Indien dürfe man sich jedoch nicht selbst dadurch zum Narren machen, indem man glaube, die Intentionen Chinas zielten immer uneigennützig auf die Verbesserung der Beziehungen zu Indien. (*The Telegraph*, 18.12.00, nach FBIS, 19.12.00)

Das indische Unbehagen gegenüber China wird von mehreren Seiten genährt. Da sind zunächst die Beziehungen Chinas zum indischen Erzfeind Pakistan und die Waffenlieferungen an diesen gemeinsamen Nachbarstaat. (SWB, 2.12.00) Allerdings bestehen gerade auf pakistanischer Seite in letzter Zeit Zweifel an der Fortdauer der „Sicherheitspartnerschaft“ mit China. Man glaubt dort, eine Wende in der chinesischen Haltung zu erkennen. China sei im Zuge seiner langfristigen Strategie der ökonomischen Integration in den Kreis der wohlhabendsten westlichen Demokratien dabei, die Beziehungen zu Pakistan sowohl aus sicherheitspolitischer als auch aus allgemein politischer Perspektive zu restrukturieren. Auf chinesischer Seite habe sich offensichtlich die Erkenntnis durchgesetzt, dass die Wirtschaft zum entscheidenden Faktor der Weltpolitik geworden sei. Während man in Pakistan noch mit Bomben spiele, bereite man sich in China auf Handelskrie-

ge vor. (The News online, nach FBIS, 3.12.00)

Ein weiterer Grund für eine Abwendung von Pakistan sei die Furcht Chinas vor moslemischem Terrorismus und Separatismus an seiner westlichen Peripherie, gegen den es Allianzen insbesondere mit den zentralasiatischen Republiken der ehemaligen Sowjetunion schmiede. (Vgl. dazu C.a., 2000/09, Ü 11) Insgesamt müsse man daher feststellen, dass die mittel- und langfristigen Interessen Chinas und Pakistans nicht mehr länger in Einklang zu bringen sind. (The News online, nach FBIS, 3.12.00)

Auch die chinesischen Beziehungen zu Myanmar (Burma) als östlichem Anrainer des Golfs von Bengalen werden von Indien aus mit Argwohn betrachtet. Die VR China habe die außenpolitische Isolation der Militärjunta dazu nutzen können, sich einen festen Stand in diesem Land aufzubauen, weil sie die einzige Quelle für all das darstellt, was Myanmar von außen benötigt, seien es billige chinesische Konsumgüter oder Waffen. China habe erhebliche Beiträge zur Verkehrsinfrastruktur in Myanmar geleistet und das Land erst in die Lage versetzt, die Mannschaftsstärke seiner Armee innerhalb der letzten zehn Jahre auf 450.000 Mann zu verdoppeln, wofür allein Kosten in Höhe von zwei Mrd. US\$ zu veranschlagen sein dürften. (Bangalore Deccan Herald online, 29.11.00, nach FBIS, 29.11.00)

Die chinesische Großzügigkeit habe sich für China offensichtlich durch einen Zugang zum Golf von Bengalen ausgezahlt. Darauf deuteten Aktivitäten der chinesischen Marine bei den burmesischen Coco Inseln hin, die sich in unmittelbarer Nachbarschaft der indischen Andaman Inseln befinden. Angesichts der Aufrüstung der chinesischen Seestreitkräfte und Äußerungen aus China, der Indische Ozean sei nicht Indiens Ozean, sei die Möglichkeit keineswegs auszuschließen, dass China sich einen dauerhaften Zugang zu burmesischen Gewässern oder auch Inseln verschafft haben könnte. (Ebd.)

Allerdings scheint sich auf burmesischer Seite langsam ein gewisses Unbehagen über die chinesische Präsenz im Lande zu manifestieren. In der Bevölkerung treffe die unverhohlene illegale Landnahme durch chinesische Im-

migranten im dünn besiedelten Norden Myanmars ebenso auf wachsenden Widerstand wie der bereits auf etwa 30% geschätzte Anteil chinesischer Zuwanderer in Mandalay. Auch Teile der Militärführung betrachteten die chinesischen Ambitionen mit zunehmendem Argwohn. So seien bislang offiziell unbestätigte Pläne für eine Schifffahrtsroute zwischen Yunnan und dem Golf von Bengalen durch die Schiffbarmachung des Oberlaufs des Irrawady und mehrerer Nebenflüsse offensichtlich zunächst ausgesetzt worden. Hier habe Indien nun die Chance, chinesischen Einfluss in der Region durch eigenes Engagement zurückzudrängen. (Ebd.)

Chinas Stand in seinen südwestlichen Nachbarländern scheint demnach keineswegs unangefochten. Eine mittelfristige Verschiebung des Kräftegleichgewichts ist daher nicht auszuschließen - sei es durch eine Veränderung der strategischen Ausrichtung chinesischer Politik wie im Falle Pakistans oder durch einen Abbau der außenpolitischen Isolation Myanmars durch ein verstärktes Engagement anderer Staaten wie Indien.

In der trotz der Annäherung zwischen Indien und China zweifellos bestehenden Konkurrenzsituation der beiden Staaten um Einfluss in Südostasien hingegen konnte China kürzlich einen Erfolg verzeichnen. Unter dem faden-scheinigen Hinweis auf den Charakter der ASEAN als Regionalorganisation gelang es der VR China auf dem ASEAN+3-Treffen, den von Indien gewünschten Anschluss mit einem China, Japan und Südkorea vergleichbaren Status zu unterbinden. (SWB, 2.12.00; vgl. auch die Übersicht zu ASEAN) -kg-

## 5 Starkes China, schwache ASEAN

Der chinesische Ministerpräsident Zhu Rongji fand wohlklingende Worte, als er auf dem ASEAN+1-Treffen Ende November Chinas Prioritäten für die zukünftige Kooperation seines Landes mit dem südostasiatischen Staatenbund darlegte. Die politische Zusammenarbeit soll demnach kontinuierlich gestärkt werden; gleiches gilt für Handel und Investitionen. Die Anstrengungen hinsichtlich der Heranbil-

dung und Nutzung von Humankapital sollen ebenso intensiviert werden wie die Kooperation auf dem Gebiet der Hochtechnologie. Landwirtschaftliche Zusammenarbeit steht auf dem Programm, und als konkretes Projekt wird dem Infrastrukturausbau in der Mekong-Region Priorität eingeräumt. (XNA, 26.11.00)

Daneben wurden von chinesischer Seite Vorschläge für die Einrichtung einer Freihandelszone zwischen der VR China und der ASEAN vorgelegt, die grundsätzlich positiv bewertet wurden und nun von einer Expertengruppe geprüft werden sollen. (XNA, 26.11.00) Südkorea unterbreitete der ASEAN ebenfalls noch zu prüfende Pläne für eine Freihandelszone unter Einbeziehung der ASEAN-Länder, Südkoreas, Chinas und Japans. (FAZ, 27.11.00) Während nicht klar ist, ob es sich beim Vorschlag Südkoreas um eine Reaktion auf den schon im Vorfeld des ASEAN+3-Treffens bekannt gewordenen chinesischen Vorstoß handelt, will die chinesische Regierung mit ihrem Vorschlag offenbar den Befürchtungen der ASEAN-Staaten den Wind aus den Segeln nehmen, ein Beitritt Chinas zur WTO könne sich negativ auf die weitere wirtschaftliche Entwicklung im südostasiatischen Raum auswirken, der nach der Asienkrise im Gegensatz zu den nördlichen Nachbarn ohnehin stark an Dynamik eingebüßt hat. (Ebd.; SWB, 24.11.00)

Der chinesische Ministerpräsident Zhu Rongji beeilte sich auf dem Treffen in Brunei Ende November denn zu betonen, die Wirtschaften Chinas und der ASEAN-Vertragsstaaten seien in hohem Maße komplementär angelegt. Insbesondere hinsichtlich der Exporte in die USA und andere westliche Industriestaaten befände man sich keineswegs in direkter Konkurrenz. Vielmehr verhalte es sich so, dass die VR China primär Produkte der Leichtindustrie exportiere, während aus der ASEAN u.a. integrierte Schaltkreise kämen. Der Beitritt Chinas zur WTO würde sich demnach durch eine Vergrößerung des Marktes und eine Vielfachung der geschäftlichen Möglichkeiten auch in positiver Weise auf die südostasiatischen Ökonomien auswirken. (XNA, 26.11.00)

Darüber hinaus entwickle sich der Handel zwischen China und der ASE-

AN bereits jetzt äußerst positiv. Von Januar bis Oktober 2000 habe er ein Volumen von 31,96 Mrd. US\$ erreicht, was einer Steigerung von 47,9% gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres entspreche. (XNA, 26.11.00)

Auf die Befürchtungen, zukünftig könnten ausländische Direktinvestitionen zu Lasten Südostasiens in noch stärkerem Maße nach China fließen, fand Zhu ebenfalls eine passende Entgegnung. China flössen in erster Linie ohnehin ganz selbstverständlich Investitionen aus Hongkong und Taiwan zu, aus westlichen Industrieländern hingegen in wesentlich geringerem Umfang. (Ebd.) Gleichzeitig stellte Zhu auch chinesische Investitionen in der ASEAN-Region in Aussicht. Südostasien könne eine bevorzugte Region für die internationale Expansion chinesischer Unternehmen werden. Allerdings fördert die chinesische Regierung durch die Vergabe von Krediten und Sicherheiten derzeit aktiv alle Anstrengungen konkurrenzfähiger chinesischer Unternehmen, sich im Ausland einzukaufen, Geschäftsfelder und Teile der Produktion in andere Länder auszulagern und somit ausländische Märkte direkt vor Ort stärker zu erschließen. (XNA, 27.11.00) Chinesische Ambitionen in dieser Hinsicht richten sich daher auch keineswegs allein auf Südostasien, Afrika ist als Zielregion für Auslandsinvestitionen ebenso ins Blickfeld chinesischer Wirtschaftsstrategen geraten. (Vgl. auch C.a., 2000/10, Ü 4)

Auch die anderen von Zhu Rongji vorgestellten chinesischen Pläne einer intensiveren Kooperation mit der ASEAN-Region dürften keineswegs uneigennützigem Überlegungen entspringen. Bei genauerer Sicht der Dinge erweist es sich, dass China im Falle einer Umsetzung der Vorschläge Hauptprofiteur sein wird. Am deutlichsten wird dies im Zusammenhang mit der Infrastrukturentwicklung im Einzugsgebiet des Mekong. Sowohl die Erschließung des Mekong zwischen Yunnan im Südwesten Chinas und dem Südchinesischen Meer für den kommerziellen Warenverkehr, in deren Rahmen China die notwendigen Maßnahmen in Myanmar und Laos finanzieren will, als auch Straßenbauprojekte zwischen Kunming in Yunnan und Bangkok, an denen sich China unter bestimmten Umständen gemein-

sam mit der ADB zumindest auf laotischem Gebiet ebenfalls beteiligen will, (XNA, 27.11.00) dürften sich langfristig für die VR China am meisten auszahlen. Eine geplante 5.500 km lange Eisenbahnstrecke von Südchina über Laos, Thailand, Malaysia bis nach Singapur (FAZ, 27.11.00) ist in diesem Zusammenhang nur ein weiterer Baustein für das chinesische Projekt, im Sinne der chinesischen Wirtschaft eine Verbindung nach Südostasien und mit dem Südchinesischen Meer zu realisieren - ein Unterfangen, das auch hinsichtlich der Expansion der chinesischen Einflussphäre in der Region auch außenpolitisch und strategisch durchaus Sinn macht. Auch die Ankündigung der japanischen Regierung, man wolle sich nach Jahren der Vernachlässigung künftig ebenfalls deutlich stärker in der Mekong-Region engagieren, (JAPAN aktuell, 2001/02, Ü 52) dürfte durchaus als Antwort auf die wachsende chinesische Präsenz in dieser Region zu verstehen sein.

Wie groß bereits heute das politische Gewicht Chinas gegenüber den ASEAN-Staaten ist, wurde nicht zuletzt daran ersichtlich, dass es China mit dem Hinweis auf die geographische Beschränkung der ASEAN gelang, eine Assoziation Indiens mit dem südostasiatischen Staatenbund zu blockieren. (FAZ, 27.11.00) Die Einbeziehung einer weiteren asiatischen Großmacht scheint aus chinesischer Sicht der angestrebten Intensivierung der politischen Zusammenarbeit Chinas mit der ASEAN offensichtlich wenig förderlich. Ein entscheidender Grund für die brüske Ablehnung einer größeren formellen Einbindung Indiens in das ASEAN-Forum dürfte sein, dass die Beteiligung Indiens als Atommacht den chinesischen „Anstrengungen zur Förderung der Einrichtung einer Zone des Friedens, der Freiheit und Neutralität“ in der Region und insbesondere einer „südostasiatischen atomwaffenfreien Zone“ (XNA, 26.11.00) abträglich wäre. -kg-

## 6 Die Zukunft der US-Chinapolitik aus chinesischer Sicht

Während der letzten zehn Jahre hätten sich in der US-Chinapolitik zwei zunächst konträre Haltungen heraus-

gebildet, so die Analyse von Xie Wenqing von der China International Strategy Society. Demnach sei China in den Vereinigten Staaten einerseits als einflussreicher Staat in der asiatisch-pazifischen Weltregion wahrgenommen worden, der umfassend eingebunden und mit dem eine enge Kooperation gepflegt werden müsse. Auf der anderen Seite sei die Möglichkeit einer Beeinflussung Chinas über eine solche internationale Einbindung negiert und China als wachsende Bedrohung für die USA und ihre Interessen betrachtet worden. Inzwischen sei es jedoch zu einer weitgehenden Annäherung der Standpunkte in der US-Politik gekommen. Das Resultat sei eine aus US-amerikanischer Sicht als alternativenlos angesehene Strategie der fortgesetzten Einbindung Chinas bei gleichzeitiger Eindämmung. (Ta Kung Pao online, 26.11.00, nach FBIS, 27.11.00) Darüber besteht nach Ansicht des chinesischen Außenministers im Grundsatz mittlerweile auch ein allgemeiner Konsenz zwischen Demokraten und Republikanern. (XNA, 16.12.00) Die von Clinton vorgetragene Vision einer strategischen Partnerschaft mit China im 21. Jahrhundert scheine aus amerikanischer Sicht damit allerdings kaum mehr realistisch, so Xie Wenqing. (Ta Kung Pao online, 26.11.00, nach FBIS, 27.11.00)

Chinas erfolgreiche Integration in die internationalen Organisationen und insbesondere die zukünftige Einbindung in die WTO sowie die daraus resultierende Rolle in der Weltwirtschaft verhindere ein amerikanisches Containment, während gleichzeitig der Versuch einer Beeinflussung Chinas allein durch Einbindung aus amerikanischer Sicht ebenfalls wenig erfolgversprechend sei, so Xie. Die künftige US-Regierung werde daher eine Mischstrategie betreiben, versuchen in bestimmten Zusammenhängen durch internationale Integration Einfluss auf China auszuüben und in anderen Kontexten den Versuch der Eindämmung unternehmen. (Ebd.)

Es zeichne sich daher deutlich ab, dass die USA die chinesische Kooperation auf Feldern gemeinsamer Interessen wie der Wahrung von Frieden und Stabilität im Asien-Pazifik-Raum, der Korea-Frage, dem Export von Waffen, der Bekämpfung von internationaler Kriminalität oder

des Umweltschutzes weiterhin suchen werden. Angesichts der strategischen Interessen der USA sei andererseits eine Politik des Containment Chinas hinsichtlich der Fortentwicklung der japanisch-amerikanischen Sicherheitskooperation, im Zusammenhang mit den amerikanischen Plänen für das Raketenabwehrsystem TMD und nicht zuletzt in Bezug auf Taiwan zu erwarten. (Ebd.) Insgesamt stellt sich die zukünftige amerikanische Chinapolitik aus Sicht der Volksrepublik damit sehr berechenbar dar.

Der hohe Stellenwert Taiwans in den amerikanisch-chinesischen Beziehungen und die chinesischen Befürchtungen einer härteren Gangart der neuen US-Regierung in der Taiwan-Frage, bewogen offenbar auch Präsident Jiang Zemin dazu, seinen telegrafischen Glückwunsch an den gewählten US-Präsidenten George W. Bush mit einer Erinnerung an die drei gemeinsamen Kommunikees von 1982 in dieser Sache zu verbinden. (FT, 15.12.00; vgl. dazu auch C.a., 2000/11, Ü 4)

Die chinesische Reaktion auf die Bestätigung der Wahl George W. Bushs zum nächsten Präsidenten der USA war jedoch nicht allein auf Glückwunschkloßeln beschränkt. Mit dem designierten nächsten Botschafter der VR China in Washington greift Beijing auf lange etablierte *guanxi* (gute persönliche Beziehungen) zurück. Yang Jiechi, stellvertretender chinesischer Außenminister und zukünftiger Emissär Beijings in den USA, ist mit der Familie Bush seit 1977 bekannt. Damals bereisten Bush Senior und Freunde auf Einladung der chinesischen Regierung China und erfreuten sich des Privilegs eines Abstechers nach Tibet. Yang wirkte damals als Dolmetscher für die Delegation. (IHT, 23./24.12.00)

Auf dieser persönlichen Grundlage konnte Yang offensichtlich aufbauen, als er nach der Niederschlagung der chinesischen Demokratiebewegung 1989 als Verbindungsmann der chinesischen Regierung im Zuge der vorsichtigen Wiederannäherung beider Staaten im Einsatz war. Im chinesischen Außenministerium war Yang Jiechi in den letzten Jahren zuständig für die Beziehungen zur Regierung Clinton und dürfte daher auf sein

neues Amt bestens vorbereitet sein. (Ebd.) -kg-

## 7 Die „Drei Direktverbindungen“ zwischen China und Taiwan - in Minimalausführung

Trotz nach wie vor ausgesetzter Verhandlungen zwischen der VR China und Taiwan hatte der taiwanische Präsident Chen Shuibian im November unilateral die Aufnahme einer Art Minimalversion der so genannten „Drei Direktverbindungen“ für den 1. Januar 2001 angekündigt. (AWSJ online, 29.12.00) Bei den „Drei Direktverbindungen“ handelt es sich um direkte Post-, Handels- und Transportverbindungen zwischen Taiwan und dem chinesischen Festland, die seit der Flucht der GMD-Regierung nach Taiwan im Jahr 1949 unterbrochen waren und deren Wiederherstellung von taiwanischer Seite bislang ausgeschlossen worden war.

Realisiert werden sollen nunmehr lediglich direkte Verbindungen zwischen den beiden von Taiwan kontrollierten und der chinesischen Küste unmittelbar vorgelagerten Inseln Jinmen und Mazu und den Städten Xiamen und Fuzhou in der Küstenprovinz Fujian (SCMP online, 28.12.00). Dabei werden auf taiwanischer Seite auch ausschließlich Einwohner dieser beiden Inseln in den Genuss direkter Schiffsverbindungen mit dem nahen Festland kommen. Alle anderen Bürger Taiwans und auch alle Waren, die zwischen China und der Insel fließen, müssen weiterhin den etablierten Umweg über Hongkong oder einen Drittstaat nehmen. (SCMP online, 2.1.01) Welchen Bevölkerungsgruppen vom Festland der Besuch der beiden taiwanischen Inseln gestattet werden soll, bleibt unklar, obwohl das Verteidigungsministerium in Taipei versichert, man habe im Vorfeld Sicherheitsvorkehrungen gegen die Infiltration von Spionen auf diesem Wege getroffen (NZZ online, 8.1.01).

Aus Beijing wurde öffentlich erst mit erheblicher zeitlicher Verzögerung auf diese Ankündigung reagiert. In einer Stellungnahme kritisierte der Sprecher des Büros für Taiwanangelegenheiten im Staatsrat, Zhang Mingqing, Ende November, die Führung in Taiwan wolle mit diesem Schritt lediglich von

der Verwirklichung der von taiwanischer Seite offensichtlich weiterhin abgelehnten tatsächlichen „Drei Direktverbindungen“ zwischen dem Festland und der Hauptinsel Taiwan selbst ablenken, die von Beijing bereits 1979 in der damaligen „Botschaft an die Landsleute in Taiwan“ vorgeschlagen worden waren. (Xinhua, 30.11.00, nach SWB, 2.12.00)

In der Tat wurde bislang in jeder der bilateralen Verhandlungsrunden zwischen den halboffiziellen Stellvertreterorganisationen Chinas und Taiwans von Seiten Beijings die Forderung nach der Aufnahme direkter Verbindungen zwischen den beiden Territorien erhoben. Auf taiwanischer Seite wurden bislang regelmäßig sowohl rechtlich-politische als auch in erster Linie sicherheitsrelevante Gründe dafür ins Feld geführt, diesen Forderungen nicht nachgeben zu können. Zwar hatte bereits die GMD-Regierung in mehreren Gutachten die Möglichkeit der Aufnahme der „Drei Direktverbindungen“ prüfen lassen, war jedoch immer zu der Überzeugung gelangt, dass dies in der bestehenden bilateralen Situation trotz der damit potenziell verbundenen wirtschaftlichen und sonstigen Vorteile politisch und aus Erwägungen der nationalen Sicherheit nicht vertretbar gewesen wäre.

Erst Ende Dezember wurde auf Seiten der VR China Zustimmung zu den neuen taiwanischen Plänen signalisiert, allerdings verbunden mit dem Vorwurf, der Führung in Taiwan mangle es im Zusammenhang mit der Frage der Wiedervereinigung der als abtrünnige Provinz betrachteten Insel mit dem chinesischen Festland nach wie vor grundsätzlich an Ehrlichkeit und an gutem Willen. (FT, 29.12.00) Die Mitte 1999 auf Grund der in Beijing als Affront aufgefassten Erklärung des damaligen Präsidenten Lee Teng-hui (Li Denghui) über den „speziellen zwischenstaatlichen Charakter der Beziehungen Taiwans zum chinesischen Festland“ einseitig ausgesetzten bilateralen Verhandlungen (vgl. C.a., 1999/07, Ü 36) könnten allerdings keinesfalls wieder aufgenommen werden, bevor der taiwanische Präsident Chen ein deutliches Bekenntnis zum Ein-China-Prinzip ablege. (Xinhua, 11.12.00, nach SWB, 13.12.00)

Von diesem verbalen Grollen aus der Zentrale in Beijing einmal abgesehen, hieß es offiziell in Fujian, man werde mit Erlaubnis der chinesischen Zentralregierung im Zusammenhang mit den nun in Taiwan beschlossenen „Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Bewohner von Jinmen und Mazu notwendige Hilfestellungen leisten“. Allerdings handele es sich ohnehin um einfache Inlandsverbindungen. (AWSJ online, 29.12.00) In der englischsprachigen Zeitung *China Daily* aus Beijing wurde pünktlich vor der geplanten ersten direkten regulären Fahrt eines taiwanischen Schiffes nach Xiamen und Fuzhou verlautbart, die chinesische Marine habe in den betroffenen Gewässern eine große Minenräumaktion erfolgreich beendet. (FAZ, 30.12.00)

Offensichtlich in dem Bemühen, die auf Grund von rauer See um einen Tag verschobenen und dann am 2. Januar 2001 schließlich zunächst mehr symbolisch vollzogene Aufnahme der Schiffsverbindung nicht zu einem international öffentlichkeitswirksamen diplomatischen Erfolg Chen Shuibians werden zu lassen, wurde die internationale Presse von dem Ereignis von chinesischer Seite ausgeschlossen. Beijing gestattete taiwanischen Reportern zwar die kurze Schiffsreise von Mazu nach Fuzhou, verbot allerdings die Mitführung von Fernsehkameras. Lediglich Ankömmlingen in Xiamen wurden Videoaufnahmen des historischen Ereignisses gestattet. (SCMP online, 2.1.01)

Ausländische Kommentatoren gingen zwar nicht so weit, chinesischen Kommentaren zuzustimmen, nach deren Meinung die nun gestattete Minimalversion der „Drei Direktverbindungen“ die einzig denkbare Antwort auf die auf Grund fehlender direkter Transport- und Handelsverbindungen mit dem Festland schwindende Konkurrenzfähigkeit der taiwanischen Wirtschaft darstelle. (Xinhua, 11.12.00, nach SWB, 13.12.00) Auch in der internationalen Berichterstattung wurde aber ein Zusammenhang des jetzt erfolgten Schrittes mit der Wirtschaftsentwicklung Taiwans und den innenpolitischen Schwierigkeiten Chen Shuibians hergestellt, die nach einem politischen Erfolg des Präsidenten verlangten. (IHT, 27.12.00)

Insgesamt stellt die offizielle taiwanische Abseignung direkter Verkehrsverbindungen zwischen Jinmen und Mazu und dem chinesischen Festland nur die Legalisierung eines kleinen Teils einer seit langem etablierten und auch in Taiwan allseits bekannten Praxis in der Taiwan Straße dar. Bereits seit den späten achtziger Jahren existiert ein reger illegaler Austausch über die Taiwan Straße. Von Seiten Beijings als privater Kleinhandel toleriert und örtlich sogar offiziell gefördert, laufen taiwanische Fischer seit langem aus taiwanischer Sicht illegal Häfen auf dem Festland an, um geschmuggelte Waren abzusetzen und über die Arbeitsbüros an den Küsten Fujians, Zhejiangs und Guangdongs Fischereiarbeiter für ihre Trawler anzuheuern. (Siehe auch die Übersicht unter der Rubrik „Taiwan“ in diesem Heft.) -kg-

## 8 Deutsche Wirtschaft in chinesischer Umwelt - die Konferenz von Beijing

Zurückgehend auf Initiative des deutschen Bundeskanzlers Gerhard Schröder und des chinesischen Ministerpräsidenten Zhu Rongji aus dem Jahr 1999, fand am 12. und 13. Dezember in Beijing eine deutsch-chinesische Umweltkonferenz statt. Mit rund 1.100 Teilnehmern handelte es sich um die bislang größte bilaterale Konferenz beider Länder. (XNA, 13.12.00; Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit via www.bmu.de, 13.12.00)

Zur Riege der angereisten deutschen Minister gehörten Außenminister und Vizekanzler Joschka Fischer, der die Veranstaltung eröffnen sollte, auf Grund der Verlängerung des EU-Gipfels jedoch erst verspätet anreisen konnte, Umweltminister Jürgen Trittin sowie die Ministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Heidemarie Wiecek-Zeul. Daneben befanden sich im Schlepptau der Staatsmänner und -frauen sowie der Umweltperten neben NGO-Delegationen in altbewährter Manier auch Vertreter von etwa 50 deutschen Unternehmen aus dem Umweltbereich, die im Rahmen einer Kontaktbörse mit ca. 300 potenziellen chinesischen Geschäftspartnern zusammentrafen. (Asien-Pazifik-

Ausschuss der deutschen Wirtschaft, 2.1.00)

Während der stellvertretende chinesische Minister für Außenhandel und wirtschaftliche Zusammenarbeit, Zhang Xiang, die deutsche Wirtschaft auf der Konferenz aufrief, stärker zu investieren und dabei in China verstärkt solche Technologien einzuführen, die den höchsten verfügbaren Stand der Wissenschaft repräsentieren, (XNA, 14.12.00) wurde über erfolgreiche Geschäftsabschlüsse der mitgereisten deutschen Unternehmervertreter zunächst nichts bekannt.

Von offizieller chinesischer Seite wurde auf der Konferenz betont, China sei während der letzten zwei Jahrzehnte kontinuierlich erstarkt, wodurch erst die finanzielle und technologische Basis für den Umweltschutz dort geschaffen wurde. Während der vergangenen fünf Jahre habe die VR China die staatlichen Aufwendungen für die Umwelt stetig gesteigert und insgesamt 345 Mrd. Yuan RMB in Umweltschutzmaßnahmen investiert, was einem Anteil von 0,94% des Bruttoinlandsprodukts entspräche. Die Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland auf diesem Gebiet wurde äußerst positiv bewertet. (XNA, 13.12.00)

Deutschland hat bisher im Rahmen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit insgesamt 1,86 Mrd. DM für den chinesischen Umweltschutz zugesagt und zum größten Teil auch bereits u.a. in Projekten der Wiederaufforstung oder der Rauchgasentschwefelung eingesetzt. (FAZ, 6.12.00) Von chinesischer Seite wurde die bereits zur Verfügung gestellte Summe auf 1,23 Mrd. DM beziffert. Unter den 71 Projekten, die von beiden Regierungen gemeinsam durchgeführt wurden und werden, befänden sich 28 zum Umweltschutz, die eine Investitionssumme von 147 Mio. DM auf sich vereinten. (XNA, 14.12.00) Auf der Konferenz selbst gab Entwicklungsministerin Wiecek-Zeul zusätzlich zu den bereits im Juni 2000 im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit vereinbarten 165 Mio. DM, der chinesischen Seite eine Zusage für weitere deutsche Finanzmittel in Höhe von 30 Mio. DM für erneuerbare Energien und Stadtentwicklung. (Asien-Pazifik-Ausschuss der deutschen Wirtschaft, 2.1.00)

Eine auf der Konferenz als Abschlussdokument veröffentlichte „Gemeinsame Erklärung der deutschen Regierung und der chinesischen Regierung zum Umweltschutz“ (siehe Dokument in diesem Heft) wird als vorrangiges Thema der zukünftigen Umweltschutzanstrengungen die Einführung und Verbesserung einer umweltgerechten Wirtschaftspolitik benannt. Die deutsch-chinesische Kooperation soll in erster Linie in folgenden Bereichen fortgeführt werden:

- Verbesserung der Umweltgesetze und -verordnungen und Gewährleistung ihres wirksamen Vollzugs;
- Schaffung von Modellen für modernes Umweltmanagement;
- Verbesserung der Energieeffizienz und Ausbau der Nutzung von erneuerbaren Energien;
- Verbesserung des Schutzes der Boden- und Wasserressourcen, der Artenvielfalt und der biologischen Sicherheit sowie Aufbau der ökologischen Umwelt;
- Schaffung von Modellen für umweltfreundliche urbane Infrastruktur zur Verringerung von Wasser- und Luftverschmutzung sowie Umweltbelastung durch Abfall.

China will diese Ziele „entsprechend seiner nationalen Situation“ angehen und dabei von den in Deutschland gesammelten Erfahrungen lernen. (XNA, 14.12.00)

Bundesaußenminister Joschka Fischer nutzte seinen ersten Besuch in China zu einem Meinungsaustausch mit seinem chinesischen Amtskollegen Tang Jiaxuan sowie für ein Gespräch mit dem chinesischen Ministerpräsidenten Zhu Rongji. Tang gegenüber fand Fischer dem Vernehmen nach deutliche Worte im Zusammenhang mit der Inhaftierung von Dissidenten in China, der Lage der Christen im Land, der Todesstrafe und der chinesischen Tibet-Politik. Fischer erklärte in diesem Zusammenhang allerdings, es könne nicht darum gehen, Druck auf die VR China auszuüben. Vielmehr gelte es, in Gesprächen Einfluss aufzubauen und diesen zu nutzen. An einer sehr offenen Diskussi-

on mit chinesischen Juristen und Akademikern über Rechtsstaat und dessen Reformen in China konnte Fischer auf Grund seiner verspäteten Anreise nicht wie geplant teilnehmen. (FAZ, 13.12.00) -kg-

## 9 Ungarn und China geben ihren Beziehungen eine neue Grundlage

Während eines zweitägigen Besuchs des chinesischen Außenministers Tang Jiaxuan in Budapest passten die beiden Staaten das Vertragswerk über die bilateralen Beziehungen aus dem Jahre 1959 den während der letzten zehn Jahre veränderten Bedingungen an. Bei dem ursprünglichen und bislang gültigen Vertrag über „Freundschaft und Zusammenarbeit“ handelte es sich um eine Vereinbarung zwischen sozialistischen Bruderländern, deren Grundlage in mehrfacher Hinsicht inzwischen sowohl in China, insbesondere aber in Ungarn nicht mehr gegeben ist. (SWB, 8.12.00)

In der nun von beiden Außenministern unterzeichneten Vereinbarung erklärt Ungarn, die territoriale Integrität Chinas zu respektieren und keine diplomatischen Beziehungen zu Taiwan aufnehmen zu wollen. (Ebd.) Im Gegenzug heißt es von chinesischer Seite in feiner Nuancierung, China erkenne an, dass Ungarn sich kraft seiner staatlichen Souveränität von dem ursprünglich eingeschlagenen Weg gelöst und einen neuen eingeschlagen habe. Weiterhin habe Beijing Verständnis für die Entscheidung des osteuropäischen Landes für einen Beitritt zur Europäischen Union, während es über Ungarns Mitgliedschaft in der Nato lediglich heißt, China nehme dies zur Kenntnis. (NZZ online, 8.12.00)

Weiterhin versichern sich beide Seiten in dem Vertragswerk des gegenseitigen Wunsches nach kontinuierlichem Dialog, persönlichen Kontakten und Zusammenarbeit auf allen Ebenen und zu allen Sachthemen. Hinsichtlich der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen wollen beide Länder ihre Firmen auf der Basis marktwirtschaftlicher Prinzipien zu verstärkter Kooperation ermuntern. (Ebd.) Der ungarische Außenminister Janos Martonyi erklärte in diesem Zusammenhang, ungarische Investoren sollten

den Blick verstärkt auf China richten. Daher werde eine Marktforschungsdelegation demnächst nach Asien aufbrechen und auch China besuchen. (SWB, 8.12.00)

Die zwischen der VR China und Ungarn bestehenden Meinungsdivergenzen z.B. in Fragen der Menschenrechte oder hinsichtlich unterschiedlicher Herangehensweise beider Staaten an gesellschaftliche und ökonomische Fragen sollen nach dem erklärten Willen der Vertragsparteien den Aufbau einer konstruktiven Partnerschaft nicht beeinträchtigen. (Ebd.; NZZ online, 8.12.00)

Trotz der Betonung der Wichtigkeit persönlicher Kontakte in der neuen zwischenstaatlichen Vereinbarung denkt Ungarn offenbar derzeit keineswegs an die Wiedereinführung der Visafreiheit für chinesische Staatsbürger. (NZZ online, 8.12.00) Der entscheidende Grund ist die große Zahl bereits heute in Ungarn lebender Chinesen, die legal meist aus Zhejiang oder auch Fujian als Händler einreisen, sowie insbesondere die in letzter Zeit deutlich wachsende illegale Zuwanderung aus den südostchinesischen Küstenprovinzen. -kg-

## 10 „Angriff des britischen Parlaments auf Chinas Ambitionen für Olympia“

Der parteiübergreifende Außenpolitische Ausschuss des britischen Unterhauses legte Ende November einen Bericht vor, in dem er zu dem Schluss kam, die Menschenrechtslage in der Volksrepublik China habe sich im Verlaufe der vergangenen zwei Jahre deutlich verschlechtert. Großbritannien solle daher seine Haltung gegenüber China überprüfen und gemeinsam mit den anderen Staaten der Europäischen Union eine härtere Gangart einlegen. Angesichts der gegenwärtigen Entwicklung in China sei eine Vergabe der Olympischen Spiele 2008 an China „unangebracht“. (FBIS, 29.11.00)

Zhang Qiyue, Sprecherin des chinesischen Außenministeriums, wies die Vorwürfe der britischen Parlamentarier umgehend als völlig inakzeptabel zurück. Jede Handlung, die die VR China in ihrem Bemühen um die Ausrichtung der Olympischen Spie-

le 2008 diskriminiere oder behindere, widerspreche dem olympischen Geist und werde keinen Erfolg haben. (AFP Hongkong, 30.11.00, nach FBIS, 30.11.00)

Während Zhang Qiyue die seit 1997 stattgefundenen Runden des britisch-chinesischen Menschenrechtsdialogs als förderlich für das gegenseitige Verstehen bezeichnete und von fruchtbaren Ergebnissen sprach, (FBIS, 30.11.00) hieß es seitens des britischen Parlamentsausschusses, die so genannte „ethische“ Außenpolitik der britischen Regierung mit ihrer Strategie des Dialogs über Menschenrechte habe bislang erwähnenswerte Ergebnisse erbracht. (FBIS, 29.11.00)

Im Besonderen kritisierte der Ausschussbericht, China sei eines der wenigen Länder, in denen es institutionalisierte Menschenrechtsverletzungen gebe und ein nicht vertretbares Maß an Überwachung herrsche. Erbstößten zeigten sich die Mitglieder des Ausschusses auch über die Tatsache, dass die chinesischen Behörden während eines Chinabesuches der Parlamentarier in diesem Jahr das Zusammentreffen mit chinesischen Menschenrechtsaktivisten erfolgreich verhindert hatten. (Ebd.)

Das britische Außenministerium bestätigte in einer Stellungnahme zu dem Bericht, es handele sich dabei um eine ernsthafte und sorgfältige Analyse der Situation in China und der britischen Chinapolitik. Die mit deutlichen und drastischen Worten formulierte Verurteilung der Menschenrechtsverletzungen in dem Bericht wurde ausdrücklich begrüßt. (Ebd.) -kg-

---



---

## Innenpolitik

---



---

### 11 Absetzung des Justizministers Gao Changli aus bislang ungeklärten Gründen

Anfang Dezember wurde bekannt, dass Justizminister Gao Changli Ende November sein Amt verlassen hat. Die Gründe dafür sind bislang nicht eindeutig geklärt. Nachfolger Gaos ist